bißchen beeinflussen konnte“, zeichnet er mit kräftigem Strich am eigenen Bild.

Szenen von gespreizter Eitelkeit auch in kleiner Runde beim kargen Abendmahl im Restaurant „Bosnia“, dem mit Sandsäcken verbarrikadierten Treffpunkt der Nomenklatura von Bihać. „Wenn die Serben wüßten, daß ich in der Stadt bin, würden sie doppelt so viele Granaten abfeuern“, würdigt sich der deutsche Gutmensch.

Und dann legt er, mehr in der Pose eines Generalgouverneurs denn des Patrons, für den nächsten Tag ein straff durchorganisiertes Arbeitsprogramm fest, „ohne langes Mittagessen, ein paar belegte Brote genügen“. Das aber geht zu weit. Normalerweise gelte das „landesübliche Protokoll“, wird eingewandt, und einer faucht im Landesidiom: „Das muß er noch lernen.“ Die Dolmetscherin grient, genießt und schweigt.

Wohltuend, anderntags zu registrieren, daß der Balkan weiterhin einen eigenen Rhythmus hat. Dem Nervenzusammenbruch nahe, kraucht Schwarz-Schilling durch das Lastwagen-Knäuel auf dem Hof einer stillgelegten Textilfabrik. In welchem der Wagen stecken die Instrumente und Medikamente für das Hospital, wo sind die vier Satellitenanlagen? Niemand weiß es, denn leider fehlen viele der bosnischen Fahrer. Sie haben offenbar ausgiebig mit ihren Familien das Wiedersehen gefeiert.

Das Protokoll gerät aus den Fugen, der geplante große Auftritt zerläppert, die fernsehwirksame Übergabe der teuren Laborgeräte im Krankenhaus muß ausfallen. Gut, daß da noch der General bleibt. Der erscheint pünktlich.

In der Ruinenlandschaft von Sokolac räsoniert Schwarz-Schilling über die widrigen Zeitläufte und Bosniens Schicksal: „Eine Handvoll anderer Staatsmänner, ein Ronald Reagan oder eine Margaret Thatcher dabei, und alles wäre anders gelaufen auf dem Balkan.“

Eine „Tragödie“ auch, daß an der Spitze der Nato kein Mann mehr stehe mit dem eisernen Willen eines Manfred Wörner. Dessen Sarajevo-Ultimatum hätten die Serben einst sehr ernst genommen.

„Das stimmt“, nickt General Dudaković und umarmt die Frau an Schwarz-Schillings Seite, Wörners Witwe Elfie. „Wie gerne wäre Manfred hier, aber jetzt ist er im Himmel“, sagt der Bosnien-Vermittler. Und Elfie Wörner, Co-Chefin der Stiftung „Hilfe für Bosnien-Herzegowina“, schenkt dem General ein silbernes Marienamulett, das ihr Mann einst trug: „Das soll Ihnen Glück bringen.“

Das Artilleriegewitter in der Ferne wird heftiger, der General drängt zum Aufbruch. Das 5. Korps, Schwarz-Schilling vernimmt es mit Begeisterung, schreitet zur Offensive.

Affären

Gelungene Mischung

Schwerins Innenminister Rudi Geil will Spielbanken privat betreiben lassen. Die Konzessionäre besitzen beste Beziehungen zur CDU.

Rolf Kappel, Bauunternehmer in Schwerin, hat für die Bitten der Landesregierung und der CDU Mecklenburg-Vorpommern stets ein offenes Ohr. 50 000 Mark war ihm die Plakat-Aktion „Herzlichkeit statt Ellenbogen“ wert, für die Ministerpräsident Berndt Seite vergangenen Sommer Sponsoren suchte. Noch einmal 40 000 Mark schenkte er der notleidenden Union für ihren teuren Wahlkampf und wurde damit ihr größter Einzelspender. Außerdem nahm Kappel den Fraktionsvorsitzenden der Christenunion, Eckhardt Rehberg, in den Aufsichtsrat seiner Firma Kappel Bau Union AG auf.

WAZ

Bauunternehmer Kappel
40 000 Mark für CDU-Wahlkampf

Derlei Großzügigkeit zahlt sich aus. Vergangene Woche bescherte CDU-Innenminister Rudi Geil dem edlen Parteispender einen neuen Geschäftszweig: Der Unternehmer darf sich zu einem Drittel an einer neugegründeten Spielbankgesellschaft beteiligen, die in den nächsten Jahren gleich vier Casinos im Land eröffnen soll.

Zwischen Spenden und Glücksspielkonzession gebe „es keinen Zusammenhang“, behauptet Firmenchef Kappel. Auch Minister Geil will nichts Anrüchiges dabei finden. Es gehe darum, daß auch „ein im Land ansässiges Unternehmen am Spielbankgeschäft teilhaben wird“, begründete er im Kabinett seine Entscheidung.

Das hätten sich viele andere freilich auch gewünscht. Doch bei der Auswahl der Lizenznehmer für das gewinnträchtige Roulette-Gewerbe in Deutschlands ärmstem Bundesland nahm es Christdemokrat Geil mit den Regeln eines fairen Wettbewerbs nicht so genau.

Schon 1993 hatte die damalige CDU-FDP-Regierung insgesamt sechs Spielbankstandorte, doppelt so viele wie im bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen, für private Betreiber ausgeschrieben. Geil drückte aufs Tempo, innerhalb von zwei Monaten mußten die insgesamt 18 Interessenten zahlreiche Nachweise beibringen, die von der Bankgarantie bis zur „persönlichen Bonität“ der Geschäftsführer reichten. Für deren Prüfung nahm sich Geil anschließend volle eineinhalb Jahre Zeit.

Als der Minister schließlich Dienstag vergangener Woche dem Landeskabinett seine Favoriten präsentierte, konnten auch seine Kollegen nur staunen. Zur Überraschung aller Beteiligten wird der Kuchen unter zwei gänzlich verschiedenen Konsortien aufgeteilt, die Geil den Kollegen im Schweriner Kabinett als „gelungene Mischung“ anpries. Die drei sozialdemokratischen Minister stimmten geschlossen dagegen.

Die lukrativsten Zockertempel in Schwerin und Rostock sowie den beiden Touristen-

Spielcasino Travemünde: Übernimmt das

zentren Bad Doberan und Waren an der Müritz gehen an die Spielbankgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH & Co. KG. Dahinter steht Deutschlands größter Glücksspielkonzern, die German Casino Management Group (GCMG), sowie die Neue Casino Travemünde Beteiligungsgesellschaft.

Der GCMG, die von Baden-Baden bis Sylt die Kugel rollen läßt, war Geil schon einmal zu Diensten. Als rheinland-pfälzischer Innenminister verlängerte er, kurz vor seiner Abwahl im April 1991, die Lizenz für das Casino Bad Neuenahr um zehn Jahre, lange bevor die alte Genehmigung auslief – für Geil „ein ganz normales Verfahren“.

Die Travemünder Casino-Manager rettet die Neigung des CDU-Manns zum privat geführten Glücksspiel vor dem Ende ihres Geschäfts. Die Kieler SPD-Landesregierung, mit den Privaten nicht zufrieden, will ihre Lizenz nicht mehr verlängern und den Betrieb in staatlicher Regie weiterführen.

Als Dritten im Bunde dirigiert Geil nun den CDU-Sympathisanten Kappel in die Spielbankgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern, obwohl dieser sich an der Ausschreibung nicht beteiligt hatte – ein rechtlich zumindest gewagtes Manöver.

Auf volles Risiko setzt Geil mit der Auswahl der zweiten Gruppe, die den Spielbetrieb in Stralsund sowie in Heringsdorf auf der Insel Usedom übernehmen soll. Dort soll der frühere Croupier Karlheinz Krebs mit seiner Firma Modern Games das Geld der Spieler einstreichen. Geil begründete seine Entscheidung für Modern Games mit dem Hinweis auf das „noch junge Unternehmen, das gleichwohl über hinlängliche Spielbankerfahrungen verfügt“.

Gerade die aber beunruhigen Geils Kollegen. Während sein Ministerium von anderen Bewerbern forderte, einen Geschäftsführer mit langjähriger Leitungserfahrung in deutschen Casinos zu präsentieren, machte der Minister für Krebs eine Ausnahme.

In seiner deutschen Spielbankkarriere hat dieser es über den Posten des stellvertretenden technischen Leiters nicht hinausgebracht, sein Aufstieg endete schon 1988 mit einem Rauswurf in Bad Harzburg. Seitdem verlegte Krebs sich auf das Zockergewerbe im ehemaligen Jugoslawien und in Rußland.

Kultusministerin Regine Marquardt fragte daher drängend im Kabinett, ob das Unternehmen womöglich dazu diene, russisches Schwarzgeld zu waschen.

M. MEYBORG / SIGNUM

Innenminister Geil: Rechtlich gewagtes Manöver

Eine berechtigte Sorge: Die Betriebe in Stralsund und Heringsdorf gelten in Branchenkreisen als unternehmerisch riskant. „Als Geldwaschanlage kann man natürlich auch Verluste verkraften, der Gewinn fällt dann nicht am Spieltisch an“, warnt ein Insider.

In Kroatien, wo Krebs zeitweilig als Mitinhaber bis zu acht Casinos betrieb, war ihm das Glück nicht hold. Die Finanzpolizei machte ihm Ärger, alle Betriebe wurden wieder geschlossen. Erfolgreich etablierte er dagegen 1990 das „Casino Moscow“ im Stalin-Wolkenkratzer des Hotels Leningradskaja sowie das „Casino Planeta“ im belorussischen Minsk.

Daß dabei ein Arrangement mit dem in den GUS-Staaten allgegenwärtigen organisierten Verbrechen notwendig ist, unterstellt auch Geil. Jedoch hätten Recherchen ergeben, heißt es in der Kabinettsvorlage, daß sich „in den genannten Spielbanken keine kriminellen Vorgänge ereignet haben, die von den Gesellschaftern zu verantworten wären“. Aber von anderen?

Um sicherzugehen, erteilte Geil daher die Auflage, Krebs müsse sich von allen Beteiligungen in Rußland trennen. Die Vorgabe ist nach der Ansicht des Schweriner SPD-Justizministers Rolf Eggert von Krebs leicht zu erfüllen. Schließlich sei es einfach, die wahren Besitzverhältnisse auf dem Papier zu verschleiern, hielt Eggert dem Innenminister entgegen.

Dafür spricht einiges. So meint Geil etwa, daß „eine Gewähr für die notwendige Seriosität“ des Krebs-Unternehmens durch dessen drei Partner gegeben sei, die in Hamburg die Unternehmensberatung pdv besitzen und Kunden in ganz Deutschland betreuen.

Deren Inhaber sind freilich seit langem an der in Hamburg registrierten Modern Games Casino GmbH beteiligt, über die das Rußland- und Jugoslawien-Engagement läuft. Diesen Umstand verschweigt Geils Kabinettsvorlage.

Daß sie wissen, wie man eine Beteiligung verschwinden und andernorts wieder auftauchen läßt, haben Krebs und seine Partner zudem gerade bewiesen. „Aus steuerrechtlichen Gründen“ (Krebs) übertrugen sie ihre Hamburger Muttergesellschaft Anfang des Jahres „als Ganzes“ einschließlich des Moskauer Besitzes auf eine Krefelder Schiffsmaklergesellschaft namens HMN. Deren Geschäftsführer gibt an, „davon gar nichts zu wissen“.

Im Juli dann wurde in Bremen die Modern Games als Kommanditgesellschaft neu gegründet. Der Auslandsbesitz gehe nun wieder an diese Firma über, sagt Krebs. Mit diesem Trick hätten er und seine Partner Verluste von Modern Games in Jugoslawien beim Finanzamt geltend machen können.

Weil „die Landesregierung dies wünscht“, wolle er aber die Rußland-Beteiligungen tatsächlich verkaufen, beteuert der Casino-Jongleur – ein Schritt, den sich einer seiner Moskauer Mitarbeiter „überhaupt nicht vorstellen“ kann. Die Betriebe liefen doch „sehr gut“, das ganze Unternehmen sei weltweit in Expansion. Gerade erst habe es sich um eine neue Lizenz jenseits des Atlantiks beworben – in Paraguay. ❑

K.-H. PETERSEN / TRANSGLOBE

Land Schleswig-Holstein den Betrieb?